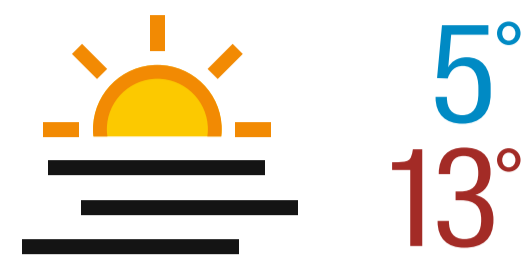
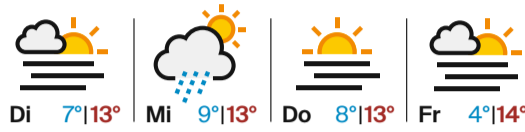


Wetter



Die neue Woche startet neblig, in den Bergen ist es sonnig. Erst gegen Abend ziehen hohe Wolken auf.



Alles Weitere zum Wetter lesen Sie auf **Seite 15**.

Nachrichten

Moskau kritisiert Vertragsauflösung

Abrüstung Russland hat die USA davor gewarnt, den mit Moskau geschlossenen INF-Vertrag zur Abschaffung von atomwaffenfähigen Mittelstreckenraketen aufzukündigen. Die internationale Gemeinschaft werde dies nicht verstehen, und es werde sogar eine «strenge Verurteilung» geben, sagte Vize-Aussenminister Sergej Riabkow gestern. US-Präsident Trump hatte am Samstag angekündigt, dass die USA «das Abkommen beenden» würden. «Russland hat das Abkommen verletzt», sagte er. (sda)

Turbulente Wahl in Afghanistan

Kabul Anschläge und Chaos haben die Parlamentswahl in Afghanistan überschattet. Bei Angriffen auf Wahllokale wurden nach einer Zählung der Nachrichtenagentur AFP am Samstag fast 300 Menschen getötet oder verletzt. Das Innenministerium nannte gestern niedrigere Zahlen. Viele Wähler konnten ihre Stimme nicht abgeben, weil Wahllokale verspätet oder gar nicht öffneten. 250 Wahllokale öffneten daher gestern erneut. Ergebnisse sollen erst im November verkündet werden. (sda)

55 Tote wegen Streit um Schubkarre

Nigeria Bei blutigen Zusammenstößen zwischen Muslimen und Christen sind in Nigeria 55 Menschen ums Leben gekommen. Den Kämpfen sei ein Streit um eine Schubkarre vorausgegangen, sagte gestern ein Regierungsvertreter aus der Ortschaft Kasuwan Magani im Bundesstaat Kaduna, der nicht namentlich genannt werden wollte. Im Bundesstaat Kaduna im Zentrum des westafrikanischen Landes kommt es immer wieder zu Zusammenstößen zwischen Christen und Muslimen. (sda)

Gesagt

«Wir werden nicht zulassen, dass irgendetwas vertuscht wird.»



Noch immer sind die Details zur Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi ungeklärt. Der Sprecher der türkischen Regierungspartei AKP, **Ömer Celik**, verspricht Aufklärung. Doch noch ist unklar, was die Regierung überhaupt weiss. 3

Kopf des Tages

Das dritte Geschlecht

Leonne Zeegers In den Niederlanden erhält die erste Person einen Pass ohne Geschlechtsangabe – weil sie sich als Mann und als Frau fühlt.

Sie heisst Leonne Zeegers. Sie war bisher eine Frau, laut ihrem Reisepass. Denn dort stand ein V für »Vrouwelijk«, also weiblich. Doch nun ist Leonne Zeegers nicht mehr weiblich. Nun ist sie X, laut Reisepass. Sie ist nicht Frau, sie ist nicht Mann. Sie ist geschlechtsneutral. Denn Leonne Zeegers (57) ist die erste Person in den Niederlanden, die einen genderneutralen Pass erhalten hat. Denn sie fühlt sich weder weiblich noch männlich, wie sie sagt. Sie sei sowohl Mann als auch Frau, ihre Geschlechtsmerkmale seien nicht eindeutig, ihre Identität auch nicht.

Leonne Zeegers ist intersexuell. Sie ist X, sie ist das dritte Geschlecht. Die Stadt Breda, wo Leonne Zeegers wohnt, ist damit die erste Stadt in den Niederlanden, die einen geschlechtsneutralen Pass ausgestellt hat. Sie folgt damit auch einem Gerichtsurteil,

in dem ein niederländisches Gericht im Mai dieses Jahres festgestellt hatte, dass nicht die männlichen oder weiblichen Geschlechtsmerkmale für das Geschlecht bestimmend seien, sondern die «Genderidentität». Im Klartext: Es gibt Personen, die sich sowohl als Mann wie als Frau betrachten und die auch so fühlen, männlich und weiblich. Nach Angaben der LHBTI-Organisation, die Lesben, Schwule, Transsexuelle, Bisexuelle und intersexuelle Personen vertritt, gehören etwa vier Prozent aller Niederländer zum

dritten Geschlecht, das X genannt wird. Die LHBTI fordert nun, dass die Geschlechtsbezeichnung ganz und gar aus dem Pass gestrichen werden soll.

Auch im öffentlichen Leben wird der Sprachgebrauch in den Niederlanden immer geschlechtsneutraler. Die Eisenbahnen beispielsweise sprechen ihre Passagiere nicht mehr mit «sehr geehrte Damen und Herren», sondern nur noch mit «sehr geehrte Reisende». Auch werden immer mehr

geschlechtsneutrale Toiletten eröffnet, etwa in Warenhäusern, wo nicht mehr zwischen Mann und Frau unterschieden wird und wo die typischen Symbole für eine Männer- oder eine Frauen-Toilette an den Türen fehlen. Die Warenhauskette Hema verkauft neuerdings auch keine typische Buben- oder Mädchenkleidung mehr, also blaue Hemden für Buben und rosa Hemdchen für Mädchen. Die gesamte Kinderkleidung bei Hema ist jetzt «unisex», also geschlechtsneutral.

Die Stadt Amsterdam hat alle städtischen Beamten mit einem offiziellen Sprachratgeber darauf hingewiesen, dass sie künftig alle Bürger genderneutral ansprechen und anschreiben müssen. In diesem Sprachratgeber für Beamte wurde die Anrede «Sehr geehrte Damen und Herren» für tabu erklärt. Es muss jetzt heissen: «Sehr geehrte Bürger». Männer und Frauen gibt es in Amsterdam im offiziellen Sprachgebrauch der Beamten nun nicht mehr.



Leonne ZeegersBild: Bas Czerwinski/EPA (Breda, 19. Oktober 2018)

Helmut Hetzel, Den Haag

Gastbeitrag

Die Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel

Es gibt ein warnendes Beispiel: Kanada unter der Regierung von Stephen Harper von 2006 bis 2015. Im Gegensatz zu seinem grossen Nachbarn galt Kanada in der Aussenpolitik als verlässlicher Partner, als Staat, der sich als neutraler Vermittler anbietet und seine eigenen Interessen zurückstellt. Bis Stephen Harper kam. Der konservative Ex-Premier schaffte es innert weniger Jahre, den während Jahrzehnten aufgebauten guten Ruf Kanadas zu beschädigen.

Gleiches droht der Schweiz. Die Neuausrichtung der Aussenpolitik in den letzten Monaten lässt einen wahlweise ratlos oder verärgert zurück. Ratlos, weil man zuerst nicht weiss, ob die sprunghaften Positionsbezüge und Richtungswechsel durchdacht oder schlicht dilettantisch sind. Verärgert, weil man mit der Zeit erkennt, dass sehr wohl ein Plan dahinter stehen könnte. Stephen Harper war sein Leben lang Lobbyist. Und als solcher wusste er genau, wem er was schuldig war – und somit auch, wem er seine Wahl verdankte. In der Schweiz stellt man fest, dass die neu ausgerichtete Aussenpolitik vor allem bei der SVP Applaus erntet.

Wie viel Schaden in kurzer Zeit bereits angerichtet worden ist, zeigt eine kurze Übersicht:

- Eine glaubwürdige Aussenpolitik verlangt Verlässlichkeit und Konstanz. Vereinbarungen

gelten, selbst wenn Regierungen und Minister wechseln. So hat die Schweiz stets die UNRWA, die UN-Hilfsorganisation für Flüchtlinge in Palästina, unterstützt – bis aus dem EDA deren Arbeit und die Legitimation der UNRWA plötzlich in Frage gestellt wurden.

- Eine glaubwürdige Aussenpolitik verlangt Konsistenz und Loyalität. Unterhändler und Diplomaten müssen sich auf die Rückendeckung ihrer Regierung verlassen können. Der neue Schweizer Aussenminister hingegen hat seinen eigenen UNO-Botschafter Jürg Lauber im Regen stehen gelassen, indem er den «Global Compact on Migration» in Frage gestellt hat. Einen Pakt notabene, den die Schweiz massgeblich geprägt, vorangetrieben und ausgehandelt hat.

- Eine glaubwürdige Aussenpolitik verlangt einen Aussenminister, der Rückhalt im Parlament hat. Das EDA hingegen wurde in letzter Zeit vom Parlament schon mehrfach zurückgepfiffen. Zuletzt diese Woche, als die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats mit grosser Mehrheit den sofortigen Beitritt der Schweiz zum Atomwaffenverbotsvertrag forderte – und damit den Aussenminister korrigierte, der den Vertrag nicht ratifizieren wollte.

- Mehrfach musste der Gesamtbundesrat die neue EDA-Führung in die Schranken weisen

und auf den Pfad der aussenpolitischen Tugend zurückführen (Kandidatur der Schweiz für den UNO-Sicherheitsrat, Ratifikation des Migrationspakts, UNRWA-Finanzierung).

- Eine glaubwürdige Aussenpolitik verlangt, die eigenen wirtschaftlichen Interessen auch mal zurückzustellen. Und zum Beispiel auf Waffenexporte in Kriegsgebiete zu verzichten. Eine neue Mehrheit im Bundesrat hingegen wertet Profite offensichtlich höher als Menschenleben. Dass der Bundesrat die Kriegsmaterialverordnung gelockert hat, ist ein Sündenfall, der auf breites Unverständnis stösst.

- Und eine glaubwürdige Aussenpolitik verlangt Fingerzeigegefühl in der Kommunikation. Vertreter des Bundesrats hingegen stellen in flapsigen Interviews die Flankierenden Massnahmen zum Lohnschutz in der Personenfreizügigkeit zur Disposition, ignorieren in den Diskussionen über das Rahmenabkommen alle roten Linien des Bundesrats und gefährden damit 20 Jahre erfolgreiche Europapolitik.

Die frühere Aussenministerin Micheline Calmy-Rey warnte schon vor Wochen vor einer «Trumpisierung» der Schweizer Aussenpolitik. Und tatsächlich: Am UNO-Hauptsitz in New York fielen aus offiziellen EDA-Kreisen kürzlich sehr lobende Worte für Donald Trump. Doch

die Macht des Stärkeren, die Trump ausübt, steht in Gegensatz zu den objektiven Möglichkeiten des Kleinstaates Schweiz und deshalb auch den Interessen, Werten und Zielen der Schweizer Aussenpolitik, wie sie in den geltenden aussenpolitischen Schwerpunkten des Bundesrats festgelegt sind:

- Konsolidierung und Förderung der Beziehungen zur EU;

- Nutzen der Beziehungen zu globalen Partnern, um konkrete Probleme zu lösen;

- Engagement für Frieden und Sicherheit sowie für eine tragfähige und gerechte internationale Ordnung;

- Förderung von nachhaltiger Entwicklung und Wohlstand.

Will die Schweiz das Schicksal von Harpers Kanada vermeiden, ist sie gut beraten, sich auf diese Grundsätze und die wahren Interessen der Schweiz zu besinnen und zur erfolgreichen Arbeit der in langer Tradition erarbeiteten Aussenpolitik zurückzukehren.



Christian Levrat Präsident SP Schweiz